

Einleitung: Von der Mitbestimmungsforschung zur Partizipationsforschung

Pirker, Theo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pirker, T. (1978). Einleitung: Von der Mitbestimmungsforschung zur Partizipationsforschung. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 20-40). Darmstadt: Luchterhand. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-190324>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einleitung:

Von der Mitbestimmungsforschung zur Partizipationsforschung

Theo Pirker

Es steht hier nicht die Aufgabe - was die Bewertung von Partizipation und Partizipationsforschung betrifft -, ein umfassendes Schema, ein Findex, eine Art tableau participatif zu entwickeln. Solche Versuche - so brauchbar sie für die akademische Diskussion und insbesondere für die Lehre auch sein mögen - leiden notwendigerweise daran, daß die Schematisierung und Systematisierung die Begriffe für die Sache der Problematisierung für das Problem nehmen. Die historische Dimension, der soziale Kontext, die Konstellationen, unter denen Mitbestimmung und Partizipation auftreten, gehen dabei verloren oder verdünnen sich in der Allgemeinheit umfassender Bestimmungen, sporadischer Heranziehung und allgemeiner Interpretationen.

Eigentlich ist dies die Crux jeglicher soziologischen Forschung, und sie scheint die weit verbreitete Ansicht zu bestätigen, daß Soziologen entweder gar keine Historiker oder nur sehr schlechte Historiker sind. Dies ist am Beispiel der Mitbestimmung bzw. der Mitbestimmungsforschung der 50er Jahre ohne jede Ausnahme nachgewiesen. Keines der empirischen Projekte - wie sie auch immer beurteilt werden und zu welchen Ergebnissen sie auch gekommen sind - hat auch nur in Ansätzen den Versuch gemacht, die zeitgeschichtliche Entstehung der Mitbestimmung, den aktuellen sozialen Kontext, in dem industrielle Mitbestimmung sich realisierte, die gesellschaftlichen und politischen Konstellationen, aus denen

heraus sie in ihrer jeweils spezifischen Form entstanden, mit in die Forschung einzubeziehen. Die Ursachen hierfür sind mannigfaltig und widersprüchlich.

Ein Teil der Forscher war so unmittelbar mit der Arbeiterbewegung verbunden und sie sahen ihre Forschung nicht nur als einen Beitrag, sondern als einen notwendigen Bestandteil der Aktivitäten der Arbeiterbewegung, die Bestrebungen eines Teils der Gewerkschaften, die legalisierte Mitbestimmung in den Betrieben der Montan-Industrie so effektiv - im Sinne der Interessen der Arbeitnehmer und der zukünftigen Ziele der Arbeiterbewegung - zu gestalten. Ihr Ziel war es nicht, durch ihre Forschungsergebnisse akademisch bekannt und respektiert zu werden, sondern es bestand vielmehr darin, die Forschungsergebnisse so schnell wie möglich in die Gewerkschaften zurückzukoppeln und durch diese Rückkoppelung den Gewerkschaften die politische Bedeutung des industriellen Großbetriebs für die gewerkschaftliche Organisation und Aktion klarzumachen. Das Problem der Mitbestimmung war für diese Gruppe ein unmittelbar politisches Problem und keineswegs ein akademisches Thema. Die gesellschaftliche Entwicklung in Westdeutschland - die Rekonstruktion und Modernisierung des Kapitalismus in dieser Gesellschaft - war diesen Mitbestimmungsforschern keineswegs unbekannt, ebensowenig unbekannt wie die marxistischen Kleriker zu glauben machen versuchten, die Probleme und Themengeschichte des Marxismus. Die Rekonstruktion und Modernisierung des westdeutschen Kapitalismus ist nicht nur Gegenstand der Reflexion, sondern auch der politischen Agitation und Aktion dieser Mitbestimmungsforscher, und ihre Position wurde von späteren Ordnern des ideologischen Kampfes in den Jahren der Legalisierung der Mitbestimmung in der Montan-Industrie mit dem Kennwort "Neo-Marxismus" belegt.

Für die Mitbestimmungsforschung der 50er Jahre und für ihre

weitere Entwicklung war jedoch eine in keinem Falle zu verändernde Forschungskonstellation entscheidend. Mitbestimmung war aus diesen Forschungsbedingungen heraus gezwungenermaßen und erzwungenermaßen betriebliche Arbeitnehmerforschung, genauer, betriebliche Arbeiterforschung. Forschung in den Mitbestimmungsunternehmen konnte nur dann durchgeführt werden, wenn sich die Forscher verpflichteten, das Management, seine Organisation, seine Einstellung und sein Verhalten zur Mitbestimmung und innerhalb der Mitbestimmung vollständig auszuklammern einschließlich der den Management-Abteilungen zugeordneten Angestellten.

Übrigens galt diese Konstellation für alle Forschergruppen ohne jede Ausnahme und sie mußten von allen Forschergruppen akzeptiert werden. Aus dieser Konstellation heraus wurde Mitbestimmungsforschung Zug um Zug zur industrie- und betriebssoziologischen Forschung, die sich dann auch Zug um Zug vom Problem der Mitbestimmung entfernte, so daß die Thematisierung der Mitbestimmung immer weniger auf laufende empirische Ergebnisse zurückgreifen konnte. Die Theorie hat damit sozusagen ihren Gegenstand verloren. Die Versuche, durch die Behandlung spezifischer Probleme wie z.B. Leistung und Lohn, Aufgaben und Funktionen der Arbeitsdirektoren, des Betriebsklimas, der manageriellen Führungsstile usw. usw. indirekt noch diese Abschirmung des industriellen Managements zu durchdringen, konnten die schwerwiegenden Folgen dieser Forschungskonstellation in der Entwicklung bzw. der Nichtweiterentwicklung der Mitbestimmungsforschung in der Bundesrepublik nicht verhindern. Mitbestimmungsforschung war wegen dieser bewußten und entschiedenen Immunisierung des industriellen Managements - und diese Immunisierung hat das industrielle Management in unserer Gesellschaft bis heute nicht aufgegeben, im Gegenteil, diese Immunisierung vor Sozialforschung gehört bis heute zu den Prärogativen des deutschen Managements - vor einer unüberwindbaren forschungs-

strategischen Problematik, die sie bis heute nicht überwunden hat.

Es sei hier nicht unerwähnt, daß eine ähnliche Immunisierung vor Sozialforschung auch für die Seite der Gewerkschaftsbürokratie gilt. Mit der Frage der Bürokratie, ihren Funktionen im Rahmen der Mitbestimmung konnten sich die Mitbestimmungsforscher der 50er Jahre nur indirekt auseinandersetzen und sie selbst auch dort, wo die Sozialforscher mehr oder weniger der gewerkschaftlichen Bürokratie oder der "Industriebürokratie" - wenn auch nur zeitweilig - zugeordnet waren.

Diese Immunisierung der Bürokratie vor der Sozialforschung hat in der Mitbestimmungsforschung zur Folge, daß die zentrale Kategorie der industriellen Mitbestimmung überhaupt nicht in den Fokus der Mitbestimmungsforschung kommen konnte, nicht zum Gegenstand empirischer Projekte zu werden vermochte: Die Kategorie von Macht und Herrschaft.

Die neueren Versuche in der Mitbestimmungsforschung, gerade diese Kategorie in den Mittelpunkt zu stellen, werden aller Einsicht und Erfahrung nach nicht nur an dieser Immunität des Managements und der Bürokratie scheitern bzw. nur zu sehr eingeschränkten, zufälligen oder allgemeinen Aussagen kommen, sondern auch wegen des theoretischen und forschungstrategischen Ansatzes, der Phänomenologie nämlich.

Die Mitbestimmungsforschung hatte und hat jedoch eine weitere zentrale Schwäche: Das Fehlen einer soziologischen Theorie des industriellen Großunternehmens bzw. eines theoretischen Konzepts des industriellen Großunternehmens in der Montan-Industrie. Diese Lücke ist umso seltsamer, als die Mitbestimmungsforscher der 50er Jahre beinahe alle vom Begriff der Arbeit in den Schriften von Karl Marx ausgingen und die Lektüre

und Verarbeitung der Kapitel im Kapitel über den Arbeitstag, die Kooperation, Teilung der Arbeit und Manufaktur, Maschinerie und Großindustrie ganz wesentlich und unmittelbar ihre Denkstruktur und ihre Forschungsintentionen bestimmen. Nichts ist deshalb dümmlicher als die Behauptung, die deutsche Industrie- und Betriebssoziologie sei in Unkenntnis der marxistischen Schriften sozusagen als eine Art amerikanischer Import entstanden. Das Problem der Mitbestimmungsforschung bestand und besteht darin, daß die empirisch-analytischen Ergebnisse des Marxismus ebenso wie die Ergebnisse der deutschen Sozialwissenschaften über Arbeit, Arbeitsorganisation, industrielles Unternehmen vor 1933 zur unmittelbaren Untersuchung des Problems der Mitbestimmung mit den Forschungsinstrumenten, wie sie die amerikanischen Sozialwissenschaften unter dem Einfluß der deutschen Sozialwissenschaften und insbesondere der deutschsprachigen Sozialwissenschaften Exilanten entwickelt hatte, nicht zureichend erfaßt und gefaßt werden konnten. Dabei ist es in der Geschichte der Mitbestimmungsforschung von besonderer Pikanterie, daß die Forscher mit dem höchsten theoretischen Anspruch in ihren Untersuchungen nicht nur augenfällig - heute würde man fälschlicherweise sagen privatistisch - verfahren, sondern daß gerade dieses Projekt managerielle Auftragsforschung war mit der Intention, Materialien gegen die Ergebnisse der vorher angegebenen gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforschung in die Hand zu bekommen. Wenn auch diese managerielle Rechnung nicht aufging, so wirft diese Tatsache doch ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis von theoretischem Anspruch und die Komplexität der Mitbestimmung selbst.

Übrigens ist diese Problematik auch heute noch bei den soziologischen Kollegen anzutreffen, die sich anschicken, mit hohen und höchsten paradigmatischen Ansprüchen ins Feld zu gehen. Einer der Gründe, warum sich diese Malaise soziologischer Forschung immer wieder wiederholt, dürfte darin zu

suchen sein, daß die Soziologie in der Bundesrepublik Forschungsprojekte selbst noch kaum zum Gegenstand systematischer Reflexion gemacht hat und bei der Dominanz akademischer Lehre die Forschung stärker auf die Anreicherung dieses akademischen Lehrstoffes hin orientiert ist als auf die gesellschaftliche Praxis und Sozialforschung bei der Mehrheit der Soziologen nicht als die notwendige Praxis des Soziologen begriffen wird.

Gerade dieses Dilemma wurde von der Mitbestimmungsforschung der 50er Jahre exemplarisch deutlich. Mitbestimmung war für die Mehrzahl der Forschergruppen nicht so sehr ein unmittelbar gesellschaftliches Problem, demgegenüber die angebotenen Theoreme versagten, und dies einschließlich der in dieser Periode dominierenden Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus in einem Teil Deutschlands - der übrigens im ideologischen Streit um die Mitbestimmung eine erstaunlich geringe Rolle gespielt hat und deren Vertreter sich äußerst pragmatisch verhalten haben -, sondern weit mehr ein Thema akademischer Auseinandersetzungen.

Am Beispiel der Mitbestimmungsforschung der 50er Jahre ist der fundamentale Unterschied zwischen sozialen Problemen und akademischer Thematisierung zu demonstrieren. Es gehört zu einem weit verbreiteten Charakteristikum nicht nur der Soziologie, sondern der Sozialwissenschaften überhaupt, daß Akademiker der dogmatischen Ansicht sind: Ein soziales Problem werde erst durch seine reflektorische Thematisierung zum Gegenstande sozialwissenschaftlicher Forschung; und weiter, daß diese sozialwissenschaftliche Thematisierung erst das Problem zum Gegenstande gesellschaftlicher Auseinandersetzungen mache. Am Beispiel der Mitbestimmungsforschung ist dieser intellektualistische Irrglaube, der blinde oder verzweifelte Versuch der akademischen Intelligenz zu werten, ihre Kompetenz und damit ihre Legitimation doch nicht zu

sichern. Dieser Versuch steht im Widerspruch zur Entwicklung der sozialen Probleme im Kapitalismus selbst und zur Entwicklung der Sozialwissenschaften, ihrer notwendigen arbeitsteiligen Entwicklung und damit der Entwicklung unserer spezifischen Wissenschaft - der Soziologie.

Weder das Problem der "Proletarität", der "Arbeiterfrage", der "Angestelltenfrage", der "industriellen Revolutionen", des "Monopolkapitalismus", des "Finanzkapitalismus", und ganz zu schweigen von den Problemen der "Demokratie" und des "Faschismus", die in einem historisch wie politisch unmittelbaren Zusammenhang mit der Mitbestimmung und der Partizipation, der Mitbestimmungsforschung und der Partizipationsforschung in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft stehen, bedürften und bedürfen dieser reflektorischen und dieser akademischen Thematisierung. Die Thematisierungskonzeption - auch wenn sie von "links" vorgetragen wird - ist auch in ihrer dogmatischen Verkleidung Ausdruck einer ideellen Auffassung von der elitären Position der akademischen Intelligenz, die sich mit der Auffassung der "Rechten" trifft, daß diese sozialen Probleme sozusagen nur intellektuelle Erfindungen seien. Die akademische Thematisierung des Mitbestimmungsproblems übersieht die materielle Unmittelbarkeit des Problems selbst, die in kollektiver Meinung Artikuliertheit des Problems, die Bedeutung des ideologischen Klassenkampfes und die geringe Bedeutung der akademischen Thematisierung für die kollektive Bewußtwerdung des Problems selbst. In diesem Sinne konnte und kann das soziale Problem der Mitbestimmung eben nicht "auf den Begriff gebracht" werden.

Dies kann deutlich gemacht werden an den Fragestellungen und den Interpretationsmustern der wichtigsten Projekte der Mitbestimmungsforschung. Keiner der vorliegenden Fragestellungen und keinem der verwendeten Interpretationsmuster liegt ein

schlüssiges Konzept der Demokratie bzw. Demokratisierung zugrunde. Der Rückgriff auf die klassischen marxistischen dogmatischen Konzepte erweist sich als ebenso unfruchtbar wie der Rückgriff auf das offensichtlich vage Konzept der "Wirtschaftsdemokratie". Und dies allein schon aus dem Grunde, weil in beiden demokratischen Konzepten der industrielle Großbetrieb, das industrielle Großunternehmen entweder überhaupt keinen oder einen nur sehr unklaren Stellenwert einnehmen. Der so oft zitierte Rückgriff auf die katholische Soziallehre, der für die Legalisierung der Mitbestimmung in der Montan-Industrie so große Bedeutung gehabt hat, tritt auf der Ebene der Forschung überhaupt nicht auf. Als Legitimationskonzept ist die katholische Soziallehre auf dem Felde der Mitbestimmung ebenso widersprüchlich - nämlich Widersprüche zur bestehenden Form der parlamentarischen Demokratie - wie auf der anderen Seite Konzepte des sozialistischen Syndikalismus, die nur dann schlüssig wären, wenn Mitbestimmung in allen ihren Formen als Teil eines integralen Syndikalismus angesehen würden. Der Versuch, Mitbestimmung als Objektivation des technologischen Wandels innerhalb der Entwicklungsprozesse der industriellen Gesellschaft zu begreifen, begründen sowohl die Fragestellung wie auch die Interpretationen der Forschungsergebnisse nur unzureichend. Diese Konzeptionen wären nur schlüssig zu belegen, wenn die Möglichkeiten der stärkeren Selbstbestimmung der Individuen und Gruppen an dem durch technologischen Wandel veränderten Arbeitsplatzstrukturen und betrieblichen Kooperationsformen konkrete nachgewiesen worden wären. Mitbestimmungsforscher, die sich mit den Erscheinungen eines stürmischen technologischen Wandels bereits in den 50er Jahren und dann in den 60er Jahren sowohl in der Fertigung als auch in der Verwaltung auseinandergesetzt haben, konnten höchstens den Zusammenhang von technologischem Wandel und einer begrenzten, möglichen oder sehr allgemeinen Art von Fundamentaldemokratisierung feststellen.

Auf diesen sehr allgemeinen Erkenntnissen beruht auch die in diesen Jahren entwickelte und vorgetragene Forderung, sich sowohl gewerkschaftspolitisch als auch forschungsstrategisch auf die Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu konzentrieren. Das Mißverhältnis zwischen Gewicht dieser Forderung zur Forschung ist bis heute aber eher noch größer als auf anderen Gebieten der klassischen Mitbestimmungsforschung. Es ist symptomatisch, daß in dem Großforschungsvorhaben über Humanisierung des Arbeitslebens die Frage der Mitbestimmung und Partizipation zwar en passant in der Programmatik vorkommt, in der großen Anzahl der Forschungsprojekte selbst aber überhaupt nicht oder vielleicht nur verstärkt erscheint.

Trotzdem ist hervorzuheben, daß im Rahmen der Mitbestimmungsforschung mit der Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz zumindest in der Fragestellung Mitbestimmungsforschung zur Partizipationsforschung ausgeweitet wurde. Diese Forschungsprogrammatik bedarf jedoch noch ihrer Einlösung durch konkrete Forschung selbst. Und sie kann nur sinnvoll eingelöst werden, wenn Partizipationsforschung auf diesem Gebiet, der für die Entwicklung der Sozialwissenschaften so folgenreicheren Konstellation, der Diskrepanz zwischen dem sozialen und politischen Gewicht der legalisierten und institutionalisierten Mitbestimmung zum Umfang der Mitbestimmungsforschung selbst überwunden wird.

In der Geschichte der Mitbestimmungsforschung und später in der industriesoziologischen Forschung in der Bundesrepublik ist nachzuweisen, daß forschungsstrategisch wie forschungsorganisatorisch die Entscheidung sehr frühzeitig für die Fallforschung gegen die wenn auch begrenzte Großforschung und die Dauerbeobachtung gefallen ist. Damit wurde die Mitbestimmungsforschung zwangsläufig zu einem Gebiet universitär/akademisch verfaßter Sozialforschung. Damit wurde die

Rückkoppelung der Forschungsergebnisse nowendigerweise umgepolt von der Richtung auf soziale Praxis hin auf universitäre Lehre und weiterer partieller Forschung. Es braucht hier wohl nicht betont werden, daß auch das sogenannte "Biedenkopf-Gutachten" diese Tendenz der Mitbestimmungsforschung nicht aufgehoben hat und seiner Anlage nach auch gar nicht aufheben konnte.

Die größte Schwäche der Mitbestimmungsforschung ist jedoch darin zu suchen, daß sie versäumte, die zentrale Frage der Mitbestimmung und Partizipation überhaupt zu stellen: Die Frage nach dem Mitbestimmungspotential. Daß diese Frage nicht gestellt wurde, hängt mit der spezifischen oder allgemeinen Parteilichkeit der Mitbestimmungsforschung zusammen. Die Mitbestimmungsforscher waren von einem demokratischen Humanismus erfüllt, der sich, eben weil es sich bei der Mitbestimmung in all ihren Formen um Möglichkeiten der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung handelte oder zumindest zu handeln schien, von dem weit proklamierten christlichen Humanismus einerseits und einem elitären bürokratischen-institutionellen Pessimismus in seiner Konkretheit und in seinem aufklärerischen Impetus, der auf eine demokratische Kultur hinzielte, unterschied. Mitbestimmung war für sie der erste Schritt auf diese demokratische Kultur hin, ein Ausdruck des Prozesses, den man bis heute als "Demokratisierung der Gesellschaft" bezeichnet.

Mitbestimmungsforschung nahm dogmatisch eine Art populistischen Partizipationspotentials als eine beinahe naturwüchsige Größe an und fragte entweder überhaupt nicht oder doch nur sehr am Rande nach den anthropologischen, institutionellen und systembestimmten Grenzen, Begrenzungen und Gegenprozessen, wie sie gerade im Gefolge der Rekonstruktion des Kapitalismus, des stürmischen technologischen Wandels, der fortschreitenden Bürokratisierung des gesellschaftlichen

Lebens ganz offensichtlich auftraten.

Die im Zusammenhange mit der Mitbestimmung festgestellten Charakteristika wie z.B. die Diskrepanz zwischen sozialem Gewicht des Problems und der Dimension der Institutionen zum Umfang der Forschung und Forschungsprojekte, das Fehlen eines zureichenden Paradigmas als Grundlage der Fragestellung wie der Interpretation in der Forschung und hier wiederum die unzureichenden Konzepte der Demokratie und der Demokratisierung, nicht zuletzt das Fehlen der konkreten Fragestellung nach dem Partizipationspotential, wurden insbesondere auf einem Gebiete deutlich, auf dem eine Vielzahl legalisierter, institutionalisierter formaler und informeller Arten der Partizipation seit Jahren bestehen - im Bereich der Hochschule nämlich.

Seit dem Jahre 1965, in dem in einer Publikation über die Hochschulreform der galgenhumorige Satz geschrieben wurde: "Eine Universität ist eine Institution, die beinahe alles erforscht, nur sich selbst nicht", scheint sich hier nicht viel geändert zu haben. Dieser Satz ist als Motto eines Beitrags über "Partizipation an der Hochschule" in einem Buch aus dem Jahre 1975 wiederzufinden, und dies nach 10 Jahren Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Hochschule. Solche offensichtliche Diskrepanz kommt einer völligen Impotenz der Sozialforschung gegenüber diesem Problem gleich, und solche Impotenz muß als Hinweis dafür genommen werden, daß sowohl die Stellung und Funktion der Hochschule in dieser kapitalistischen Gesellschaft wie auch Stellung und Funktion der akademischen Intellektuellen, der Lehrenden, Forschenden wie Ausgebildeten - ganz zu schweigen von den in dieser Institution in Ausbildung stehenden, die heute noch altväterlich als "Studenten" bezeichnet werden - trotz einer 10jährigen Sintflut an Publikationen über Hochschule, Hochschulreform und Partizipation in allen Medien vollkommen

unklar geblieben sind. Nicht nur das Management, die Gewerkschaftsbürokratie, auch die Hochschule hat sich gegen umfassende Sozialforschung in den letzten Jahrzehnten immunisiert. Jeglichen Irrationalismen sind damit in der Beurteilung und Bewertung der Stellung und Funktion der Hochschule und insbesondere der Partizipation in der Hochschule selbst Tür und Tor geöffnet. Die Diskrepanz von sozialem Gewicht der Partizipation in der Hochschule, der Bedeutung, die diese Partizipation für die Sozialisation der Wissenschaftler für die Auffassungen über Stellung und Aufgaben der Wissenschaften und der Sozialforschung hat, zum jämmerlichen Zustande der Partizipationsforschung wird allein schon aus der erstaunlichen Tatsache deutlich, daß Gremien, die über Forschungsmittel mitentscheiden, und die den Bereich "Hochschuldidaktik" bearbeiten, Partizipationsforschung überhaupt nicht zu diesem Bereiche zugehörig erachten. Und selbstverständlich wird diese Forschungsaufgabe erster Ordnung dort vollkommen verfehlt, wo Universitätspräsidenten unter Zustimmung partizipatorischer Hochschulgremien an privatwirtschaftliche Forschungsunternehmen nicht unbeträchtliche Mittel für Rationalisierungsuntersuchungen vergeben.

Gerade der gegenwärtige Zustand der Partizipationsformen an der Hochschule läßt vermuten, daß das Fehlen der Frage nach dem Partizipationspotential der Betroffenen bzw. die dogmatische Annahme eines sozusagen unbegrenzten Partizipationspotentials zusammen mit dem unklaren Konzept "Demokratisierung" - insgesamt also das Fehlen einer empirisch belegten Selbstreflexion - zwar nicht die Ursache für die fortschreitende Einengung der Partizipation an der Hochschule durch Bürokratie innerhalb und außerhalb der Hochschulen gewesen ist und weiterhin sein wird, so doch zumindest die argumentative und strategische Lücke, an der die Angriffe dieser Bürokratien mit Leichtigkeit und Erfolg ansetzen konnte und weiterhin ansetzen wird. Auf wenigen Feldern der Partizi-

pation kann deutlich gemacht werden, daß das Fehlen von Partizipationsforschung den Prozeß der Partizipation bremst, auch entgegenwirkt und ihn letzten Endes zugunsten bürokratischer Instanzen, die sich auf Rationalität und Effizienz berufen, diesen Normen aber nicht mehr gerecht werden bzw. gerecht zu werden vermögen, sich auswirkt.

Dieses Problem bürokratischer Rationalität und Effizienz wird besonders deutlich auf einem Gebiet, das nicht zufällig in den Beiträgen zur Themenbereichsveranstaltung "Partizipation" dieses Soziologentages einen breiten und, wie ich glaube, schwerpunktmäßigen Raum einnimmt: Stadtplanung und Partizipation, genauer Stadtteilsanierung und Partizipation. Es wäre falsch, dieses Gebiet unter dem Aspekt "Legitimation" primär bearbeiten zu wollen. Wenn überhaupt nachweisbar, so scheint nach den vorliegenden Forschungsergebnissen die Legitimationsproblematik im dauernd intervenierenden Staate doch etwas höher angesiedelt und mehr der Ideologie des Staatsinterventionismus angelegt und nicht den spezifischen und begrenzten interventionistischen Akten selbst zugehörig zu sein. Vieles aus den sporadischen Untersuchungen weist darauf hin, daß die intervenierende Bürokratie an einem akuten Informationsdefizit leidet, den sie mit oft rührendem Dilettantismus zu überwinden und zu verdecken sucht - oftmals auch unter Heranziehung privatwirtschaftlich verfaßter Sozialforschungsunternehmen, die meist nur das Argumentationsdefizit abzudecken vermögen, jedoch kaum das von der Bürokratie scharf empfundene Informationsdefizit. Gerade auf diesem Gebiete der Stadtplanung und der Stadtteilsanierung kann nachgewiesen werden, daß weder die intervenierende Bürokratie und erst recht nicht die von dieser Intervention Betroffenen von der Notwendigkeit, Rationalität und schon gar nicht von der Effizienz der Tätigkeit bürokratischer Intervention überzeugt sind. Ohne eine permanente und institutionell abgesicherte Partizipation der Betroffenen und ohne eine nicht

in die bürokratischen Apparate eingebaute Sozialforschung ist diese Informationslücke auf die Dauer überhaupt nicht zu schließen. Dies aber bedeutet nicht eine vordergründe Rationalisierung bürokratischer Intervention, sondern vielmehr die Rationalität und damit die Demokratisierung des städteplanerischen Vorgehens selbst. Es muß uns - die wir mehrheitlich im Rahmen universitär verfaßter Sozialforschung arbeiten, also künstlerisch, handwerklich oder manufaktuell - klar sein, daß wir im Rahmen dieser Verfaßtheit der Sozialforschung diese Aufgabe kaum zu lösen vermögen. Gerade hier auf diesem Gebiete wird der Zwang zur projektbezogenen interdisziplinären Sozialforschung besonders spürbar. Sichtbar aber wird angesichts dieser Aufgaben, daß die Psychologisierung der Partizipationsforschung keinen Ausweg darstellt, ebensowenig wie die Synthetisierung der Sozialforschung unter den Aspekten einer nicht arbeitsteiligen und primär politisch-ökonomisch orientierten Gesellschaftswissenschaft den konkreten Forschungsaufgaben gerecht zu werden vermag. Partizipationsforschung ist in Bezug auf die gesellschaftliche Praxis wie auch in Bezug auf die Mehrung sozialwissenschaftlicher Erkenntnis nur erfolgversprechend durch projektbezogene Interdisziplinarität auf Dauer und durch Kontinuität in der Fragestellung zu leisten, die von der Soziologie bestimmt, aber keineswegs begrenzt ist. Dies ist nicht so sehr Ergebnis wissenschaftstheoretischer Überlegungen, sondern Ergebnis der Partizipationsforschung selbst, das in der Forschung auf dem Gebiete der Stadtplanung und Stadtteilsanierung nur in ganz besonderer Weise sichtbar geworden ist. Das Gleiche gilt für die Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung allgemein - und dies muß aus den Schwächen der Mitbestimmungsforschung der 50er Jahre, dem elenden Zustande der Partizipationsforschung im Hochschulbereich zwingend gefolgert werden.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Thesen zu unserem Thema

vortragen, von denen ich annehme, daß sie unserer Diskussion bedürfen und über die Projektberichterstattung hinaus führen könnten:

These I

Vordergründig können Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung durch ihre unterschiedliche Orientierung voneinander unterschieden werden. Mitbestimmungsforschung zeichnet sich durch ihre institutionalistische d.h. statische Orientierung aus; während Partizipationsforschung mehr durch die Erfassung verstreuter oder einheitlicher sozialer Aktionen - also durch ihre dynamische Orientierung - gekennzeichnet ist.

Beiden gemeinsam ist die Erhebung der Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Individuen und Gruppen im Rahmen von Mitbestimmungsinstitutionen und Partizipationsaktionen. Gefragt wird nach dem Gewicht und der Bedeutung des demokratischen Potentials der erfaßten Meinungs-, Einstellungs- und Verhaltensstrukturen. Das gemeinsame Konzept ist demnach die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der "Demokratisierung" kapitalistisch oder sozialistisch verfaßter Gesellschaften.

Dieses Gemeinsame erweist sich jedoch nur als Scheinbar, weil die verschiedenen Konzepte der "Demokratisierung" von so großer Allgemeinheit und Unterschiedlichkeit sind, daß sie keine bestimmte und verbindliche Fixierung der Mitbestimmungsforschung und Partizipationsforschung zulassen. Es gehört zu den Aufgaben der Mitbestimmungs- und Partizipationsforschung, sowohl das Allgemeine als auch das Spezifische dieses Prozesses der "Demokratisierung" darzulegen. In Bezug auf diesen Prozeß der "Demokratisierung" heben sich die Unterschiede von Mitbestimmung und Partizipation dann auf, wenn erkannt wird, daß die Institutionalisierung der Mitbestimmung das Ergebnis von

Klassenkämpfen und kurzfristiger Machtkonstellationen ist. Andererseits drängen Partizipationsaktionen von Gewicht und Dauer notwendigerweise auf Institutionalisierung und Legalisierung hin. Wird Mitbestimmung als institutionalisierte und legalisierte Partizipation begriffen, so ist Mitbestimmungsforschung im sozialen Kontext der Gesellschaft der Bundesrepublik geschichtlich wie inhaltlich Beginn und Bestandteil von Partizipationsforschung.

These II

Partizipationsforschung ist ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte, ihrer Fragestellung wie der Darstellung ihrer Ergebnisse nach intentionale Forschung. Sie wird beherrscht von der Norm der Parteilichkeit. Ohne die klare Beantwortung der Frage warum, wie und für wen Partizipation stattfindet, bleibt Partizipationsforschung nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich fragwürdig.

Intentionalität und Parteilichkeit sind aber weder in Gruppen- und Klasseninteressen eindeutig zu verankern, noch an den Normen und Zielen bestimmter Organisationen sowie schwer bestimmbarer gesellschaftlicher Systeme unvermittelt festzumachen. Sowohl die Gruppen- und Klasseninteressen als auch die Normen und Ziele von Organisationen und Gesellschaftssystemen sind keineswegs so eindeutig, daß sie die Intentionalität und Parteilichkeit der Partizipationsforschung hinreichend zu legitimieren vermöchten. Intentionalität wie Parteilichkeit von Partizipationsforschung ist weder im Vorher noch im Vollzug oder gar im Nachher des Forschens durch den Akt des sogenannten Werturteils legitimatorisch abgedeckt. Sie ergibt sich zwingend aus der rationalen Analyse der Partizipationskonstellation selbst.

Partizipationsforschung muß sich - wie die Soziologie selbst -

als Bestandteil und Ausdruck des Rationalisierungs- und Demokratisierungsprozesses der Gesellschaft begreifen. Dies kann sie nicht in akademischer Distanz, sondern nur dadurch, daß sie sich mit den Gruppen und Klassen in dieser Gesellschaft, die diesen Rationalisierungs- und Demokratisierungsprozeß getragen haben und ihn weiterzutreiben vermögen, mit deren Interessen, Einstellungen und Aktionen identifiziert.

Partizipationsforschung wirft damit in aller Schärfe erkenntnistheoretische und wissenschaftstheoretische Fragen auf, die ein großer Teil der deutschen Soziologie als geklärt erachtet oder erachtet hat. Darüber hinaus jedoch auch Fragen nach der politischen Nutzung bzw. Nichtnutzung soziologischer Forschungsergebnisse.

In der Partizipationsforschung sind diese Probleme bis heute mehr programmatisch als theoretisch von der Forschung selbst in akademischer Weise abgehoben als mit ihr unmittelbar verbunden behandelt worden. Die Ursache hierfür sind weniger im niederen Reflexionspotential der Forscher zu suchen, als vielmehr in der Komplexität des Gegenstandes der Forschung selbst und der Verfaßtheit akademischer Forschung, die den Dimensionen und dem Gewicht des Forschungsbereichs Partizipation nicht gemäß sind.

These III

Partizipationsforschung zeichnet sich innerhalb der soziologischen Forschung in ganz besonderer Weise dadurch aus, daß es in der Soziologie kein Paradigma oder Paraparadigma, d.h. bestimmte systematisierte oder allgemeine unsystematische Deutungsmuster gibt, durch das die aktuellen Probleme der Partizipation zureichend erfaßt, die Forschungsfragen und Forschungsmethoden bestimmt, und die in der Forschung gewonnenen Informationen hinreichend systematisiert und für die

Praxis relevant interpretiert werden könnten. Dies gilt insbesondere vom Paradigma des "Spätkapitalismus" und dem Paraparadigma der "Legitimationskrise". Weiter angebotene Paradigmen subjektivieren, d.h. psychologisieren die Partizipationsprobleme oder sie sind so hochgradig formalisiert, daß sie für Forschung und Praxis unbrauchbar sind.

Des weiteren ist es ein besonderes Charakteristikum der Partizipationsforschung, daß groß angelegte Konzeptualisierungen affirmativen wie kritischen Inhalts - was die Partizipation betrifft - bis heute äußerst geringen empirischen Befunden gegenüberstehen. Dies gilt in der Vergangenheit in drastischer Weise für die industrielle Mitbestimmung, die universitäre Mitbestimmung und für den Bereich der partizipativen Aktionen der Bürgerinitiativen. Dieses Mißverhältnis muß als ein Indikator für Forschungsfeindlichkeit auf den Gebieten der Partizipation und als Impotenz der soziologischen Forschung genommen werden.

Weiter spielen die geringen empirischen Befunde in der theoretischen Auseinandersetzung über Partizipation eine sehr geringe Rolle. Die sogenannte theoretische Diskussion über Partizipation lebt von sich aus und aus sich selbst. Die theoretische Leistung scheint nur darin zu bestehen, begrenzte, allgemein abgeleitete und kaum auf empirische Befunde gestützte Urteile formal umfassenderen Theoremen wie "Legitimationskrise des Spätkapitalismus", "staatsmonopolistischer Kapitalismus", "Krise des Sozialstaates" zuzuordnen. Solche Zuordnung bedarf kaum des empirischen Materials. Sie kann auch abgesehen von der tatsächlichen Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Partizipation auf den verschiedensten Gebieten. Die offensichtliche Lücke genauer zeitgeschichtlicher Darstellungen in den Bereichen der Partizipation ist somit keineswegs zufällig, sondern vielmehr dieser Art von theoretischer Reflexion gemäß.

These IV

Partizipation in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft muß als Indikator für die pluralistische Konstruktion der Gesellschaft und damit ihrer pluralen, divergierenden Entwicklungstendenzen und Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden. Die staatlichen Institutionen, Parteien und Verbände sind nicht mehr in der Lage, die Gesamtheit der Interessen und Intentionen der verschiedenen Gruppen und Klassen in dieser Gesellschaft zu repräsentieren. Sie können deshalb nicht mehr unwidersprochen deren Loyalität fordern oder ihrer gar gewiß sein. Die Gründe hierfür sind in der funktionalen Spezialisierung dieser Institutionen zu suchen, die sich in einer fortschreitenden Bürokratisierung ausdrückt.

Gerade aber in dieser pluralistischen Spezialisierung geht notwendigerweise die letzte Legitimationsnorm verloren, die sowohl den Consens der Bürokratien selbst, der Betroffenen wie der Gesamtgesellschaft besitzt - die Norm unbezweifelnder bürokratischer Effizienz nämlich. Partizipation ist Ausdruck des Zweifels an der Notwendigkeit und Effizienz der pluralen Funktionsdelegation in der Gesellschaft und der damit bis heute automatisch verbundenen Delegation dieser Funktionen an die verschiedensten Bürokratien. Dabei ist es von nebensächlicher Bedeutung, ob partizipatorische Aktionen, Bewegungen und Institutionen ihre Legitimität ausgesprochen aus dieser Konstellation ableiten oder nicht, mit welchen ideologischen Ansprüchen sie ihre Legitimität artikulieren. Die Legende partizipatorischer Aktivitäten ist nicht ihr Inhalt. Ihr allgemeiner Inhalt ist der Dissens zur einzig verbliebenen allgemeinen Norm der Legitimität bürokratischen Handelns und Herrschens. Dies bleibt auch dann ihr Inhalt, wenn Partizipation als bürokratische Legitimationsstrategie eingesetzt wird.

These V

Partizipationsforschung wirft auch neuartige Fragestellungen auf dem Gebiete der Forschungsinstrumente, der Forschungsmethoden und Forschungsmethodologien, sowie der Forschungsorganisation auf, wie sie in der akademischen Auseinandersetzung in der Vergangenheit in dieser Eindeutigkeit fast kaum aufgetreten sind.

Hierzu gehört die Frage nach der individuellen und kollektiven Betroffenheit; der Bestimmung und Erfassung der Merkmale des sozialen Kontextes und der sozialen Konstellation partizipatorischer Aktivitäten und Institutionen; sowie die systematische Verbindung dieser Ebenen. Die reflektorische und praktische Auseinandersetzung mit diesen Fragen im Vollzuge der Forschung selbst bringt neue Instrumente, Methoden und Organisationsformen der Sozialforschung hervor.

Die Konsequenz ist nicht die beliebige proklamatorische Aufhebung des akademischen Standards der Forschungsinstrumente und Forschungsmethoden, sondern die schrittweise Entwicklung neuer Standards, die dem Gegenstande der Forschung - der partizipatorischen Praxis - gemäß sind. Partizipationsforschung ist weiter erfolversprechend nur interdisziplinär möglich. Diese interdisziplinäre Kooperation ergibt sich aus dem hohen Grade der Komplexität des Forschungsgegenstandes im Projekt und ist nicht aus wissenschaftstheoretischen oder forschungspolitischen Ansichten heraus ableitbar.

Efolversprechende Partizipationsforschung kann wegen der großen Dimension partizipatorischer Aktivitäten und deren großem sozialen Gewicht nicht mehr im gegenwärtig bestehenden Rahmen akademisch verfaßter Sozialforschung vollzogen werden. Die hervorstechendsten Merkmale akademisch verfaßter Sozialforschung - geringe Mittel und Diskontinuität - sind dem Gegenstande nicht gerecht. Und sie kann nicht in der privatwirtschaftlich verfaßten Form der Sozialforschung be-

trieben werden, weil die unmittelbare Auftragsbindung an die Bürokratien und damit der Zwang zur kontinuierlichen Auftragssicherung diese - und sei es selbst nur in Form der Produktion und Reproduktion allgemeinsten Ergebnisse - zur Apologetik der bürokratischen Intentionen zwingt. In beiden Formen kann sich Partizipationsforschung nicht ihres gegenwärtig peripheren Charakteres entledigen und verbleibt damit im Herrschaftsbereich der verschiedenen Bürokratien und deren Zwängen.

Partizipationsforschung ist wissenschaftlich wie politisch nur sinnvoll als autonome, kontinuierliche Großforschung zu betreiben.